

**Rede für Oberbürgermeisterin Henriette Reker anlässlich
der Konferenz „Migration und Asyl – Aufnehmen,
integrieren: Die Rolle der Städte, NGOs und
zivilgesellschaftlichen Initiativen, Paris, 6. bis 7. März 2019**

Es gilt das gesprochene Wort

Sehr geehrte Damen und Herren,

wie der Bürgermeister von Palermo bereits sagte: vielen Dank für die Initiative und die Chance, heute Informationen über die französische, deutsche und europäische Migrations- und Außenpolitik auszutauschen. Ich hoffe, ein Ergebnis wird gefunden, auf das unsere Länder sich committen können und von dem die Kommunen profitieren. Ich vertrete die viertgrößte Stadt der Bundesrepublik Deutschland und war 16 Jahre als Sozialdezernentin für unser heutiges Fokusthema verantwortlich, bevor ich zur Oberbürgermeisterin der Stadt Köln gewählt wurde.

Migration ist ein Faktor, der unsere Gesellschaft neu strukturiert – ob wir das sehen wollen oder nicht. Und dabei ist es nicht das erste Mal, das Migration einen großen – ja richtungsweisenden Einfluss – auf Köln nimmt. Er hat in der Stadt schon seit ihrer Gründung gewirkt. Eine entscheidende Rolle nehmen dabei die Willkommenskultur und die Integrationsbereitschaft einer Stadtgesellschaft ein. Integration war und ist niemals eine

Einbahnstraße. Diejenigen, die ankommen, müssen sich für neue Einflüsse öffnen. Aber – und auch das ist ebenso entscheidend: Die, die an einem Ort leben, müssen sich öffnen. Denn wie man von seinem Umfeld empfangen und aufgenommen wird, ist prägend und entscheidet maßgeblich darüber wie Integration im Einzelfall verläuft. Hier entscheidet sich, ob sich das Potenzial zur Stärkung einer Gesellschaft durch die Zuwanderung entfaltet. Oder neue Risiken durch „gefühlte Ausgrenzung“ innerhalb einer Gesellschaft entstehen.

Der Diakonie-Präsident, Sie lieber Herr Lilie, haben Bundespräsident a.D. Johannes Rau sehr treffend zitiert: 'Die Kommune ist der Ernstfall der Demokratie!' Ich füge hinzu: "Kommunen sind immer die Reparaturbetriebe dessen, was in Europa, im Bund oder im Land nicht funktioniert“. Wir in den Städten und Gemeinden erleben unmittelbar, was mit den Potenzialen von Zuwanderung geschieht. Und wir tragen eine Teilverantwortung dafür, dass die Chancen genutzt werden. Die Silvesterereignisse in Köln im Jahr 2015/2016, bei denen nach Deutschland geflüchtete Nordafrikaner aus der gesamten Bundesrepublik angereist sind, um in Köln zu feiern, haben uns veranlasst, eine neue Sicherheitsarchitektur für unsere Stadt zu entwickeln. Ordnungspartnerschaften, Sicherheitskonferenzen und Beratungsangebote zu schaffen, Das kann jedoch keine abschließende Antwort auf die Frage nach Verantwortung sein, um den Herausforderungen bei der Integration zu begegnen.

Damit wir unserer Verantwortung gerecht werden können, brauchen wir Unterstützung und Rahmenbedingungen, bei denen wir wiederum in einem Spannungsgefüge und Abhängigkeiten stehen. Es steht außer Frage, dass wir die kommunalen Mittel nutzen müssen, um Integration voranzutreiben. Aber auch auf staatlicher Ebene muss ein entsprechendes Unterstützungspaket geschnürt werden.

Damit wir unsere Teilverantwortung tragen und erfüllen können. Das betrifft zum Beispiel die Aufnahmequoten nach dem Königsteiner Schlüssel sowie die Refinanzierung kommunaler Kosten durch den Bund bis hin zur Baugesetzgebung beim Bau von Unterkünften.

Als Städte haben wir hierauf erneut nur mittelbaren Einfluss – für Köln kann ich Ihnen berichten, dass der Rat bereits in 2006 Leitlinien zur Unterbringung von Geflüchteten beschlossen hat. Per Grundsatz wurde entschieden, dass eine Unterbringung in Zelten ausgeschlossen ist und wir den Menschen abgeschlossene Wohneinheiten zur Verfügung stellen. In 2015 und 2016, als die Ströme größer wurden, haben wir uns trotz der Widrigkeiten daran gehalten – und mussten für eine Unterbringung auf örtliche Turnhallen zurückgreifen.

Was wir allerdings brauchen und auch bekommen, ist das aktive Engagement der Zivilbevölkerung – unserer Stadtgesellschaft. Eine schöne Metapher ist hier meiner Meinung nach die Aufgabe eines Lotsen.

Der bei der „Landung“ unterstützt. In dem er persönlich berät, begleitet und konkrete Alltagshilfen zur Orientierung anbietet. Beiträge, die der Staat aus seiner übergeordneten Rolle nicht übernehmen kann. Ob wir also von nachbarschaftlicher Hilfe sprechen – bis hin zu gemeinsamen Freizeitaktivitäten – all diese Formen der Integration spielen eine wichtige Rolle. In Köln gibt es mittlerweile mehr als 70 Willkommensinitiativen, in denen sich in den Jahren 2015 und 2016 rund 6500 Menschen engagiert haben. Auch heute zählen wir noch zwischen 2500 und 3000 Ehrenamtliche in unserer Stadt. NGOs wie der Kölner Flüchtlingsrat, ROM e.V., Agisra, das Therapiezentrum für Folteropfer – die Kölnerinnen und Kölner tragen an vielen Stellen ihren Teil der Verantwortung bereits. Ein Umstand, für den ich als Oberbürgermeisterin sehr dankbar bin.

Staat und Gesellschaft – so heißen die ersten beiden Säulen, die für mich das Fundament einer gelingenden Migrations- und Integrationsgesellschaft darstellen. Die dritte Säule, auf die ich mich in meiner Stadt verlassen kann, sind die Verbände der freien Wohlfahrtspflege und die vielen Institutionen, Vereinen und Organisationen, die die zugewanderten Menschen beraten. Sowie die vielen Institutionen, Vereine und Organisationen, die zugewanderte Menschen beraten und unterstützen. Das hier transportierte Know-how und der Einsatz aller Beteiligten sind unverzichtbar für eine Metropole wie Köln!

Wir nehmen geflüchtete Menschen in Einrichtungen der Stadt Köln auf und finanzieren deren Unterbringung und Betreuung. Die Träger und Verbände betreuen die Menschen vor Ort in unserem Auftrag.

Für Köln als Großstadt war das gesamte Thema eine echte Herausforderung, der wir uns wie andere Großstädte in verstärktem Maß stellen mussten. Wir haben in sehr kurzer Zeit sehr viele Menschen aufgenommen. Und das in einer Stadt, in der ohnehin seit Jahren stark steigende Einwohnerzahlen verzeichnet werden. In der preisgünstiger Wohnraum – zugegeben – spärlich gesät ist. Und in der die Betreuung von Kindern im Schul- und Kitabereich hoch ausgelastet ist. Hier kommen dann durch die Migration 4000 Schülerinnen und Schüler hinzu. 180 Willkommensklassen. Menschen in unserer Stadt benötigen all dies: Wohnraum, Schul- und Kitaplätze. Auch die Zugewanderten. Hinzu kommt hier der Bedarf an Sprach- und Orientierungskursen sowie die Integration in den Arbeitsmarkt. Wiederum für alle ist ein passendes Angebot im Hinblick auf die medizinische Versorgung wichtig. Diese Chancen und Ressourcen haben wir als Kommune zum größten Teil aus eigenen finanziellen Mitteln aufgebaut.

Allein im vergangenen Jahr wurden in Köln 145 Millionen Euro für die Unterbringung und Betreuung geflüchteter Menschen aus Eigenmitteln ausgegeben.

Und um dies für Sie in einen Kontext einzuordnen: der Gesamtetat der Stadt Köln belief sich in 2018 auf 4,6 Milliarden Euro. Dabei habe ich in Köln noch eine wirkliche luxuriöse Grundvoraussetzung: ich bin Oberbürgermeisterin einer Stadt, in der kultureller Pluralismus ebenso akzeptiert und gelebt wird wie das Kulturkonstrukt des Melting Pots. Köln ist bunt, tolerant und vielfältig. Einige meiner Kollegen, in deren Städte der Anteil an Menschen anderer politischer Gesinnung höher sind, haben es da deutlich schwerer angetroffen. Denn das gesellschaftliche Klima und die Haltung einer Stadtgesellschaft sind maßgeblich für den Integrationserfolg einer Stadt. In Köln gibt es – da bin ich mir aufgrund der vielerorts gelebten Willkommenskultur sicher – eine Mehrheit, die es richtig findet, Menschen, die in Not geraten sind, zu helfen. Schutzsuchende aufzunehmen. Ob diese Mehrheit jedoch wächst und gedeiht, hängt auch davon ab, ob Verteilungsverfahren und Finanzierung von Aufwendungen als gerecht und gerechtfertigt wahrgenommen werden. Dazu besteht in Deutschland meines Erachtens nach noch Handlungsbedarf. Die Städte brauchen einfach mehr Unterstützung – auch finanzieller Natur! Zudem wünsche ich mir für die neuen Einwohnerinnen und Einwohner meiner Stadt, die als Geflüchtete zu uns gestoßen sind, dass ihre Bemühungen um Asyl Früchte tragen. Wer sich integriert, einen Job aufnimmt, die deutsche Sprache lernt – der verdient ein gesichertes Bleiberecht.

Der noch größere Handlungsbedarf liegt jedoch auf europäischer Ebene! Wenn wir innerhalb Europas nicht zu einer einheitlichen Richtung, zu einem gemeinsamen Handeln kommen – eine Regelung finden, in der auch hier wieder jeder sein Stück der Teilverantwortung trägt und wir keine Lösung für die Verteilung der Menschen finden, die auf unsere Hilfe angewiesen sind – wird in letzter Konsequenz auch die Akzeptanz der Bevölkerung in den aufnehmenden Ländern und Städten absehbar sinken.

Die öffentliche Meinung ist dabei meines Erachtens nach bei weitem nicht so polarisiert wie uns das manch anderer Politiker glauben machen möchte. Viele Bürgerinnen und Bürger sind bereit zu helfen – nur wünschen Sie sich – und das ist völlig nachvollziehbar – das eben jeder: Bund, Land, Kommune, die Bürgerinnen und Bürger und eben auch die, die gekommen sind, um zu bleiben: eine faire Aufteilung der Kosten und der Verantwortung. Ich freue mich darauf, mich mit Ihnen heute intensiv über aktuelle Chancen und Hindernisse auszutauschen. Und bin zuversichtlich, dass ich mich auf dieser Veranstaltung sehr heimischen fühlen werde.

Ist der Kreis der Akteure doch genauso wie mein Köln: bunt, tolerant und vielfältig.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.